

„Deutschland ist ein Zuwanderungsland“

SPD-Landesgruppenchef Christian Lange und Landtagskandidat Walter Bauer kamen zum Redaktionsbesuch

Integrationsdebatte, Fachkräftezuwanderung, Rente mit 67, Stuttgart 21 und der Ausstieg aus dem Atomausstieg: die SPD kämpft derzeit an vielen Fronten. Punkten können die Sozialdemokraten jedoch kaum. Am Mittwoch nahmen der SPD-Landesgruppenchef in Berlin, Christian Lange, und der Landtagskandidat Walter Bauer im Redaktionsgespräch Stellung.



VON SYLVIA GIERLICH

NÜRTINGEN. Braucht Deutschland die Zuwanderung von Fachkräften? Christian Lange schmunzelt. „Interessant, dass Sie das jetzt ansprechen, gerade waren wir bei der Firma Hirschmann in Neckartenzlingen und dort ist man überzeugt davon, dass wir Fachkräfte aus dem Ausland brauchen“, antwortet er. Nur so könne der Wettbewerbsvorteil gehalten werden. Deutschland sei ein Zuwanderungsland, sagt der baden-württembergische Landesgruppenchef der SPD in Berlin.

Allerdings müsse Zuwanderung auch von Fachkräften geregelt werden. Und es müsse auch die Ausbildung deutscher Fachkräfte geben. Der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss liege jedoch in Baden-Württemberg immer noch bei acht Prozent. Umso bedauerlicher findet es Lange, dass das von der SPD eingeforderte Recht auf einen Hauptschulabschluss nur noch als Kann-Leistung, also je nach Kassenlage, von den Arbeitsagenturen finanziert werde. Dass auch Unternehmen eine Bringschuld haben, Fachkräfte auszubilden, stellt Lange nicht in Abrede: „Der demografische Wandel wird den Unternehmen Beine machen, ihre Arbeitnehmer nachzuqualifizieren.“

Die SPD, eigentlich Befürworter des Bahnprojekts Stuttgart 21, hat sich für einen Volksentscheid ausgesprochen, in den Umfragewerten jedoch von diesem Einschwenken auf die Forderung der Gegner nicht profitiert. Für Bauer und Lang spielt dies jedoch keine Rolle: „Man muss Probleme wahrnehmen und Lösungen anbieten. Es geht nicht immer um Profit“, sagt Walter Bauer. Und Christian Lange hat keine Angst vor dem Volksentscheid, führt als gute Beispiele die bayerische Entscheidung für ein vollständiges Rauchverbot in Kneipen und die gekippte Hamburger Schulreform an. Bei Stuttgart 21 erhoben viele erstmals ihre Stimme, „die müssen für die repräsentative Demokratie gewonnen werden“, sagt Lange. Er selbst ist der Meinung, das Land brauche den Tiefbahnhof und die Neubaustrecke. „Die wirtschaftsstärkste Region in Europa braucht einen Anschluss an das transeuropäische Netz“, sagt er. Und für Stuttgart sei es eine städtebauliche Chance, wenn nicht das Feld den Immobilienhain überlassen werde. Walter Bauer hält es zudem für falsch, die Landtagswahl für eine Einzelfallentscheidung wie Stuttgart 21 zu nutzen. Die Wahl ersetze nicht den Volksentscheid.

Dass die Umfragewerte der SPD auf Landes- und Bundesebene im Keller sind, macht Lange und Bauer noch keine großen Sorgen. „Der Landtagswahlkampf hat noch nicht begonnen“, sagen beide unisono. Nach 60 Jahren mit einem CDU-Ministerpräsident sei das erste Ziel, Schwarz-Gelb abzulösen. Die Zeiten seien schnelllebig und es gebe noch mehr Themen als Stuttgart 21.

Vor mehr direkter Demokratie in Form von Volksentscheiden ist den beiden SPD-Politikern nicht bange. „Sie sollte allerdings die repräsentative Demokratie ergänzen, nicht ersetzen“, sagt Lange.

Volksgesetzgebung dürfe auch nicht über der Verfassung stehen. In Baden-Württemberg die Hürden für Volksentscheide zu senken, dafür spricht sich auch Walter Bauer aus. Das Land solle sich hier am Nachbarn Bayern orientieren.

Ein weiteres, auch in der SPD viel diskutiertes Thema ist die Integration. Für Christian Lange ist die Multikulti-Romantik jedoch passé. Dennoch ist er der Meinung, Deutschland müsse sich als Zuwanderungsland bekennen. „Wir erwarten natürlich von den Einwanderern, dass sie die deutsche Sprache lernen“, sagt er, macht aber auch deutlich, dass dafür die Infrastruktur, also ein Angebot an Sprachkursen, und die Mittel vorhanden sein müssen. Wer sich dennoch als Integrationsverweigerer erweise, also beispielsweise seine Kinder nicht zur Schule schicke, müsse eben auch mit Kürzungen der sozialen Leistungen rechnen.

Nicht verstehen kann Christian Lange die Aufregung darüber, dass die SPD den Renteneinstieg mit 67 auf den Prüfstand stellen möchte. „Im Gesetz zur Rente mit 67 ist eine Überprüfungsklausel verankert, nach der ab dem Jahr 2010 regelmäßig überprüft werden muss, ob es die Arbeitsmarktlage für Ältere tatsächlich erlaubt, das Rentenalter anzuheben“, erläutert Lange, der den Anteil älterer Arbeitnehmer immer noch für zu gering hält.

Ein wichtiges Thema darf natürlich nicht unangesprochen bleiben: der Ausstieg aus dem Atomausstieg. „Damit wird ein gesellschaftlicher Konsens verlassen“, ist sich Christian Lange sicher. Sichtbares Zeichen: Fast wie in den 80er-Jahren sind immer mehr Anti-Atomkraft-Aufkleber auf Autos. Die Menschen erwarteten von der Politik mehr Verlässlichkeit, was mit dem Ausstieg aus dem Ausstieg konterkariert werde, so Walter Bauer. Die SPD wolle die längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke über den Bundesrat stoppen. „Wenn die Länder übergangen werden, gehen wir vors Bundesverfassungsgericht“, kündigt Lange an.

Die Suche nach einem Endlager müsse vorurteilsfrei in der ganzen Bundesrepublik stattfinden. „Es kann nicht sein, dass die Länder mit den meisten Atomkraftwerken, wie Baden-Württemberg und Bayern, sich aus der Verantwortung stehlen“, sagen die beiden SPD-Vertreter. Und auch hier dürfe es kein Verschweigen von Informationen geben.



Christian Lange (links) und Walter Bauer ist vor einem Mehr an direkter Demokratie nicht bange.
Foto: Holzwarth